

Bunt und weiblich

Auswertung der Wahlergebnisse zeigt Veränderung bei den Besetzungen

Nach Auszählung aller Stimmen in den Städten und Gemeinden ergibt sich eine „bunte“ Zusammensetzung der kommunalen Migrantenvertretungen. Hoch motiviert sind viele Kandidatinnen und Kandidaten erstmals an den Start gegangen. Ihr Einsatz wurde belohnt: Mit knapp zwei Dritteln aller Mandate sind die „Neuen“ in die Integrationsräte bzw. Ausländerbeiräte eingezogen. Bereits erfahrene Mandatsträgerinnen und -träger haben ein gutes Drittel der zu vergebenden Mandate errungen.

Auch die Zusammensetzungen der Migrantenvertretungen haben sich teilweise deutlich verändert: Der Anteil türkischstämmiger Mitglieder ist etwas zurückgegangen, während die Anzahl der Vertreter aus Ländern der früheren Sowjetunion leicht angestiegen ist.

Ebenfalls gestiegen ist der Frauenanteil in den kommunalen Migrantenvertretungen. Mit insgesamt 23,7 Prozent liegt ihr Anteil über vier Pro-

zentpunkte höher als noch 1999. In Gladbeck sind Frauen erstmals im Ausländerbeirat vertreten, während in Bielefeld erstmals und einzigartig in ganz NRW eine reine Frauenliste zur Wahl angetreten war.



Kandidatinnen der Frauenliste in Bielefeld freuen sich

Liebe Freundinnen
und Freunde,

die Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen liegen hinter uns. Allen Gewählten möchte ich an dieser Stelle herzlich gratulieren. Denen, die es dieses Mal nicht geschafft haben, möchte ich für ihr politisches Engagement ebenso herzlich danken. Bitte führen Sie Ihren Einsatz für das gleichberechtigte Zusammenleben in unserer Gesellschaft fort!

Wie bei Kommunalwahlen waren die Ergebnisse der Wahlen 2004 von Stadt zu Stadt völlig unterschiedlich. Örtliche Gegebenheiten haben über Wahlbeteiligung und Zusammensetzung entschieden. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung von 12,28 Prozent in Nordrhein-Westfalen ist daher nur wenig aussagekräftig. Im vorliegenden Heft wird detailliert dargestellt, wie sich die Migrantinnen und Migranten bei den Wahlen verhalten haben.

Wichtig ist, die Umstände, unter denen die vielen Kandidatinnen und Kandidaten im Land angetreten sind, nicht außer Acht zu lassen: Ohne nennenswerte Ressourcen sind Wahlbeteiligungen von 17 Prozent (Köln) oder 23,5 (Hamm) eine ordentliche Leistung.



In der Domstadt haben über 24.000 Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgegeben. Das sind 9000 mehr als 1999.

Bemerkenswert ist in jedem Fall, dass dort, wo die Briefwahl möglich war und Eingebürgerte bzw. Ausiedler wählen durften, die Beteiligung überdurchschnittlich gewesen ist. Wenn dann auch die Stadtverwaltungen ihre Informationspflicht ernst genommen haben, dann sind sogar Beteiligungen von 31,9 Prozent wie beim „Spitzenreiter“ Lünen möglich.

Sie sehen, es gibt gute Gründe zufrieden mit dem Ablauf der Wahlen zu sein. Jetzt gilt es, den Elan der vielen Kandidatinnen und Kandidaten in die Arbeit der kommunalen Migrantenvertretungen hinein zu tragen. Für den Start in die Wahlperiode hat die LAGA NRW bereits eine Handreichung mit wertvollen Tipps für die Arbeit erstellt. Auch entsprechende Seminarangebote sind vorbereitet. Es kann also losgehen.

Ich wünsche allen gewählten Vertreterinnen und Vertretern eine glückliche Hand für Ihre Aufgabe und verbleibe

Mit herzlichen Grüßen

Tayfun Keltek

Tayfun Keltek

Vorsitzender LAGA NRW

Extra-Ausgabe

Dezember 2004

Wahlen in NRW

Migranten bestimmten ihre Vertretungen

Mit den Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen am 21. November 2004 endete für die LAGA NRW auch ein langes Ringen um eine verbesserte politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in den Städten und Gemeinden. Nach langen Bemühungen war Ende 2003 klar, dass es keine Reform des § 27 der Gemeindeordnung geben würde. Eine für alle Kommunen geltende Verbesserung der politischen Beteiligung von Migranten hatte keine Mehrheit. Die daraufhin ins Spiel gebrachte Experimentierklausel wurde von der LAGA und insgesamt 60 Städten genutzt, um sogenannte Integrationsräte auf den Weg zu bringen. Dies war und ist eine wichtige Chance für die politische Arbeit der kommunalen Migrantenvertretungen insgesamt. Es entstand aber auch ein politischer Flickenteppich in Nordrhein-Westfalen, weil ganz unterschied-

liche Veränderungen beantragt wurden. In acht Städten folgte der Rat den Vorschlägen des Ausländerbeirates gar nicht. So stimmte der Hürther Stadtrat gegen die Anregung des Ausländerbeirates und des Bürgermeisters zur Einrichtung eines Integrationsrates. Auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf fand der Ausländerbeirat mit seinem Antrag keine Mehrheit.

Alles in allem schwere Voraussetzungen, die man bei der Beurteilung der Wahlergebnisse nicht außer Acht lassen darf. Angesichts der Lage sind die Ergebnisse sogar beachtlich. Das ist sicher ein Verdienst des Engagements der vielen Kandidatinnen und Kandidaten sowie in den meisten Städten der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Aber auch der Presse, die in diesem Jahr intensiv über die Wahlen berichtete.

Wahlbeteiligung Integrationsräte

Wahlbeteiligung Ausländerbeiräte

Stadt	2004 in %	1999 in %	Differenz in Prozentpunkten
1. Arnsberg	10,9	13,8	-2,9
2. Ahlen	6,8	9,5	-2,7
3. Baesweiler	23,4	7,2	16,2
4. Bergheim	12,1	18,9	-6,8
5. Bocholt	18,0	13,3	4,7
6. Brühl	17,1	19,7	-2,6
7. Bünde	6,0		
8. Datteln	7,5	26,8	-19,3
9. Detmold	6,0	4,0	2,0
10. Dortmund	7,6	9,4	-1,8
11. Düsseldorf	6,2	6,9	-0,7
12. Eitorf	26,6	27,9	-1,3
13. Euskirchen	11,0	17,8	-6,8
14. Heiligenhaus	3,8	22,0	-18,2
15. Hürth	10,1	12,8	-2,7
16. Kamen	17,6	16,4	1,2
17. Krefeld	11,7	15,8	-4,1
18. Kreuztal	7,5	3,7	3,8
19. Leichlingen	9,4	15,8	-6,4
20. Meinerzhagen	10,0		
21. Menden	10,6	18,3	-7,7
22. Minden	14,0	17,1	-3,1
23. Moers	17,0	15,8	1,2
24. Münster	8,1	10,0	-1,9
25. Pulheim	10,6	14,7	-4,1
26. Radevormwald	7,9	17,2	-9,3
27. Sankt Augustin	8,5	7,8	0,7
28. Schwerte	9,5	14,0	-4,5
29. Soest	11,2	17,0	-5,8
30. Stolberg	7,1	9,3	-2,2
31. Troisdorf	12,9	13,4	-0,5
32. Viersen	7,1	14,3	-7,2
33. Voerde	11,9	8,3	3,6
34. Werl	15,0	11,4	3,6
35. Wesseling	13,6	12,6	1,0
36. Wetter	8,5	11,7	-3,2
37. Würselen	17,6	16,0	1,6
Durchschnitt	11,36	14,02	-2,65

Stadt	2004 in %	1999 in %	Differenz in Prozentpunkten
1. Aachen	9,7	9,7	0,0
2. Alsdorf	16,5	20,9	-4,4
3. Bad Honnef	12,2	16,9	-4,7
4. Bergisch Gladbach	5,1	10,0	-4,9
5. Bergkamen	15,6	19,0	-3,4
6. Bielefeld	10,1	9,6	0,5
7. Bochum	11,1	9,0	2,1
8. Bönen	27,3	23,8	3,5
9. Bonn	7,4	8,3	-0,9
10. Bottrop *		13,0	
11. Burscheid	10,0	16,3	-6,3
12. Castrop-Rauxel	19,2	23,1	-3,9
13. Dinslaken	19,3	15,6	3,7
14. Dormagen	17,8	14,8	3,0
15. Düren	12,2	13,6	-1,4
16. Duisburg	14,2	21,1	-6,9
17. Eschweiler	13,8	18,9	-5,1
18. Essen	8,8	9,7	-0,9
19. Frechen	8,8	11,5	-2,7
20. Gelsenkirchen	11,4	11,2	0,2
21. Gladbeck	23,9	17,0	6,9
22. Gütersloh	7,1	13,5	-6,4
23. Hagen	10,0	10,3	-0,3
24. Hamm	23,5	22,6	0,9
25. Hattingen	20,8	20,0	0,8
26. Herne	14,4	14,9	-0,5
27. Herten	18,6	9,7	8,9
28. Herzogenrath	10,0	14,6	-4,6
29. Hilden	8,2	9,1	-0,9
30. Horn- Bad Meinberg *		20,5	
31. Iserlohn	6,6	18,4	-11,8
32. Köln	16,7	10,6	6,1
33. Langenfeld	11,8	16,7	-4,9
34. Leverkusen	11,7	17,9	-6,2
35. Lippstadt	5,3	14,6	-9,3
36. Löhne	2,1	8,2	-6,1
37. Lüdenscheid	4,3	2,9	1,4
38. Lünen	31,9	19,7	12,2
39. Marl	11,2	4,9	6,3
40. Mettmann	8,9	10,0	-1,1
41. Mönchengladbach	9,8	5,3	4,5
42. Mülheim/Ruhr	15,0	13,8	1,2
43. Neuss	10,2	7,8	2,4
44. Niederkassel	9,6	8,8	0,8
45. Oberhausen	18,1	20,0	-1,9
46. Paderborn	8,4	9,7	-1,3
47. Ratingen	14,5	6,9	7,6
48. Recklinghausen	17,9	21,0	-3,1
49. Remscheid	11,7	9,4	2,3
50. Rheine	15,9	15,9	0,0
51. Siegburg	10,2	22,2	-12,0
52. Siegen	9,8	8,9	0,9
53. Solingen	8,5	11,9	-3,4
54. Unna	10,2	8,6	1,6
55. Velbert	13,3	15,0	-1,7
56. Werdohl	11,8	25,0	-13,2
57. Wesel	24,1	19,1	5,0
58. Witten *		16,2	
59. Wuppertal	5,4	6,7	-1,3
Durchschnitt	12,89	13,97	-1,08

* Wahl findet zu einem späteren Zeitpunkt statt

Wahlanalyse

Insgesamt fanden bzw. finden in 98 Städten Wahlen statt. In 39 Städten wurde bzw. wird ein Ausländerbeirat, in 59 Kommunen ein „Experimentiergremium“ nach § 126 GO gewählt. Bei diesen 59 Gremien handelt es sich um 49 „abgewandelte Beiräte“, vier „abgewandelte Ausschüsse“ sowie um sechs Gremien, bei denen im Prinzip der bestehende Ausländerbeirat beibehalten und lediglich Veränderungen bei der Wahlberechtigung bzw. beim Wahlverfahren vorgenommen wurden.

Wahlbeteiligung

Mit Wahlbeteiligungen zwischen 31,9 % in Lünen und 2,1 % in Löhne sind am 21. November 2004 die Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen zu Ende gegangen. In fünf Städten (Bottrop, Erkrath, Horn-Bad Meinberg, Rheda-Wiedenbrück und Witten) wird die Wahl zu einem anderen Zeitpunkt durchgeführt.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung beträgt in Nordrhein-Westfalen 12,28 % gegenüber 13,89 % im Jahr 1999. Diese allgemeine Zahl ist jedoch wenig aussagekräftig, weil neben der Wahl zum „klassischen“ Ausländerbeirat in vielen Städten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, ein Alternativgremium einzurichten.

Ausländerbeiräte

In 37 Städten wurde ein Ausländerbeirat entsprechend § 27 der Gemeindeordnung gewählt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung für diese Städte beträgt 11,36 %, 1999 lag sie für alle diese Städte bei 14,02 %. Daraus ergibt sich ein Minus von 2,65 Prozentpunkten.

Besondere Erwähnung verdient die Wahlbeteiligung in der Stadt Baesweiler, hier ist eine Steigerung um 16,2 Prozentpunkte auf 23,4 % gelungen. In Bocholt konnte die Beteiligung um 4,7 Prozentpunkte auf 18 % gesteigert werden, die höchste Beteiligung bei den Ausländerbeiräten wurde in Eitorf mit 26,6 % erreicht.

Integrationsräte

Für 60 Städte wurde durch das Innenministerium die Abweichung von § 27 der Gemeindeordnung genehmigt. Der



Oben: Auszählung in Essen

Unten: Gespannt wartet ein Kandidat in Ratingen auf die Ergebnisse



Großteil dieser Gremien trägt die Bezeichnung Integrationsrat. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung für diese Städte beträgt 12,89 %, 1999 lag sie bei 13,97 %. Hier sank die Beteiligung also nur um 1,08 Prozentpunkte.

Besonders eklatant ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in den Städten Bergisch Gladbach, Duisburg, Gütersloh, Iserlohn, Leverkusen, Lippstadt, Siegburg und Werdohl.

Über die Gründe hierfür kann zurzeit nur spekuliert werden, hierzu bedürfte

es einer qualitativen Analyse. Es gab eine Reihe von Städten, in denen sich die Wahlbeteiligung positiv entwickelt hat.

Auf einige dieser Städte wird in dieser Sonderausgabe eingegangen. Ob der Grund hierfür die Zulassung von Briefwahl sowie die Möglichkeit für Eingebürgerte und/oder Aussiedler, sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen, war, wird im Folgenden untersucht. Die Analyse bezieht sich auf die aus 85 Kommunen vorliegenden Ergebnisse.

I. Briefwahl

In 27 Städten war die Briefwahl möglich. Für 25 Städte liegen die Zahlen vor. In insgesamt 22 Städten haben 31.240 Migrantinnen und Migranten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Davon haben 6.804 Personen ihre Stimme durch Briefwahl abgegeben, was einem Anteil von 21,8 % entspricht. Besonders zu erwähnen sind Gladbeck mit über 82 %, Herten 50 %, Paderborn 45 % und Mönchengladbach 43 % Anteil an Briefwählern.

In den Städten mit Briefwahlmöglichkeit lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei 14,1 % und damit um 1,8 Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt (12,3 %). Vergleicht man das Ergebnis mit dem Durchschnitt der Ausländerbeiräte (11,4 %) nach § 27 GO, dann liegt die Beteiligung sogar um 2,7 Prozentpunkte höher.

Nicht berücksichtigt sind Köln, Marl und Unna, weil hier die Wahl als reine Briefwahl durchgeführt wurde. Bemerkenswert ist, dass die Beteiligung in diesen drei Städten gegenüber 1999 durchschnittlich um 4,7 Prozentpunkte gesteigert werden konnte.

Die Städte Köln, Marl und Unna sind nicht berücksichtigt, da in diesen Städten reine Briefwahl durchgeführt wurde.

II. Eingebürgerte/Aussiedler

In 37 Städten bestand für Eingebürgerte und/oder Aussiedler die Möglichkeit sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen. Zahlen hierzu liegen aus 26 Städten vor, bei näherer Betrachtung lässt sich feststellen, dass diese Möglichkeit in 15 Städten fast gar nicht in Anspruch genommen wurde, weil der Anteil hier jeweils unter 1 % der Wahlberechtigten lag.

Sieht man sich die Städte mit mehr als 1 % Eintragungen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten insgesamt an, so ist festzustellen, dass in diesen Städten die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei 15,8 % liegt.

Anteil Briefwähler 2004

	Stadt	Wahlbeteiligung 2004	Wähler 2004	Briefwähler	Anteil Briefwähler in %
1.	Aachen	9,7	2.740	795	29,0
2.	Bielefeld	10,1	3.170	190	6,0
3.	Bonn	7,4	2.050	266	13,0
4.	Eschweiler	13,8	476	48	10,1
5.	Gladbeck	23,9	1.523	1.255	82,4
6.	Hattingen	20,8	736	36	4,9
7.	Herne	14,4	2.053	43	2,1
8.	Herten	18,6	1.041	524	50,3
9.	Langenfeld	11,8	448	74	16,5
10.	Lüdenscheid	4,3	373	76	20,4
11.	Lünen	31,9	2.307	103	4,5
12.	Mönchengladbach	9,8	2.081	896	43,1
13.	Mülheim/Ruhr	15,0	1.931	502	26,0
14.	Neuss	10,2	1.629	447	27,4
15.	Oberhausen	18,1	3.194	507	15,9
16.	Paderborn	8,4	718	324	45,1
17.	Rheine	15,9	471	22	4,7
18.	Siegburg	10,2	326	14	4,3
19.	Siegen	9,8	767	144	18,8
20.	Solingen	8,5	1.410	243	17,2
21.	Velbert	13,3	1.050	166	15,8
22.	Wesel	24,1	746	129	17,3
	Durchschnitt	14,1	31.240	6.804	21,78

Anteil Eingebürgerte/Aussiedler an Wahlberechtigten

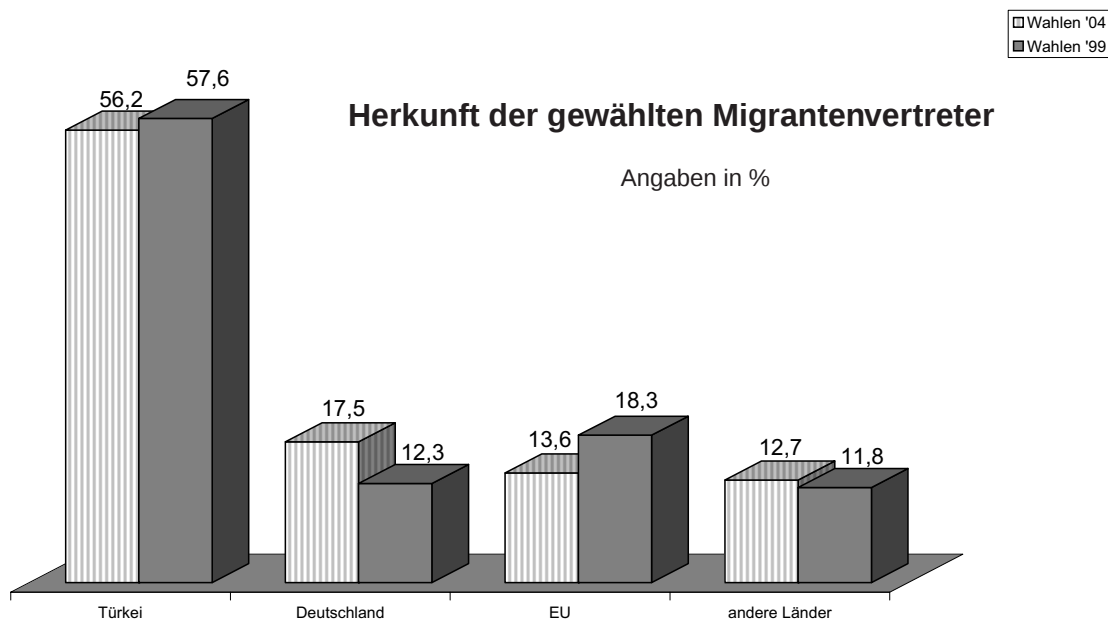
	Stadt	2004 in %	Anzahl Wahlberechtigte	davon Eing./Aussiedler	Anteil Eintragungen an WB
1.	Bielefeld	10,1	31390	1000	3,19
2.	Dinslaken	19,3	4005	70	1,75
3.	Dormagen	17,8	4332	150	3,46
4.	Eschweiler	13,8	3445	36	1,04
5.	Hagen	10,0	21585	310	1,44
6.	Herten	18,6	5605	101	1,80
7.	Leverkusen	11,7	15511	438	2,82
8.	Lünen	31,9	7235	164	2,27
9.	Mönchengladbach	9,8	21188	400	1,89
10.	Mülheim/Ruhr	15,0	12996	141	1,08
11.	Rheine	15,9	2971	257	8,65
	Durchschnitt	15,81	130263	3067	

Verteilung der Sitze (Geschlecht und Herkunft)

Insgesamt waren 1.048 Sitze in den 85 Städten, aus denen Angaben vorliegen, zu vergeben. 66 Mandate wurden von Einzelkandidaten erreicht, während die restlichen Sitze über 251 Listen errungen wurden. 612 gewählte Migrantenvertre-

** Aufgrund unvollständiger Angaben ist die Besetzung von 35 Sitzen noch nicht bekannt.*

	Herkunft			
	2004		1999	
	abs.	%	Abs.	%
Türkei	569	56,16	671	57,1
Deutschland	177	17,47	144	12,2
Griechenland	43	4,24	81	6,9
Italien	49	4,83	61	5,2
Ex-Jugoslawien	35	3,45	61	5,2
Portugal	19	1,87	31	2,6
Spanien	12	1,18	14	1,2
andere Länder	94	9,27	80	6,8
sonst. EU-Länder	15	1,48	33	2,8
Summe	1013*	100,0	1176	100,0



Die Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen werden von Frauen und Männern aus insgesamt 47 Herkunftsländern vertreten.

Nach wie vor stellen Mitglieder türkischer Herkunft die größte Zahl der Mitglieder mit 56,2 %. Ihr Anteil ist gegenüber 1999 nur geringfügig gesunken. Von 12,3 % auf 17,5 % ist der Anteil der Deutschen in den kommunalen Migrantenvetreterungen gestiegen. Dabei ist zu bemerken, dass in dieser Zahl mit großer Wahrscheinlichkeit viele Eingebürgerte enthalten sind. Der Anteil der Mitglieder aus EU-Ländern hat gegenüber 1999 noch einmal um fast 5 Prozentpunkte abgenommen; damit setzt sich dieser Trend trotz der EU-Erweiterung fort.

Als erfreulich zu erwähnen ist, dass inzwischen 28 Mitglieder aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion das Spektrum der Herkunftsländer erweitern.

Berufsstatus

Nach Berufsgruppen stellen die Angestellten mit 30,7 % die größte Gruppe der Mitglieder und haben damit ihren Anteil an der Sitzverteilung um 3,5 Prozentpunkte gegenüber 1999 verbessert. Damit überholt diese Gruppe die Arbeiter. Mit geringem Abstand folgen die Arbeiter, hier ist jedoch eine Abnahme von 10,7 Prozentpunkten zu konstatieren. Die Zahlen der Studenten, Schüler und Auszubildenden hat mit jetzt 11,1 % gegenüber 1999 noch einmal um 1,8 Prozentpunkte zugenommen.



gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie



Alter

Nach wie vor sind die kommunalen Migrantenvertretungen „junge“ Gremien, denn rund 60 % der Mitglieder befinden sich im Alter zwischen 16 und 40 Jahren.

Zusammenfassung

Nach Auswertung aller vorliegenden Ergebnisse sieht sich die LAGA NRW in ihrem Handeln bestätigt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung aller Kommunen, die einen Integrationsrat gewählt haben, liegt bei 12,89 Prozent. Die Beteiligung sank also nur leicht. Betrachtet man gesondert die Städte, in denen die Briefwahl und die Eintragung für Eingebürgerte und Aussiedler ins Wählerverzeichnis möglich war, steigt die durchschnittliche Wahlbeteiligung sogar auf 14,1 Prozent. Der individuelle Vergleich von Stadt zu Stadt macht die Unterschiede sogar noch deutlicher.

Nach Meinung der LAGA NRW sind das schwer wiegende Gründe, um diese „Experimente“ bei den nächsten Wahlen 2009 zur Regel zu machen. Denn Briefwahl und Eintragung ins Wählerverzeichnis haben sich bewährt. Wie gut sich die weiteren Elemente der Integrationsräte entwickeln, wird sich in der praktischen Arbeit vor Ort erweisen.

Berufsstatus der gewählten Migrantenvertreter

	2004		1999	
	Abs.	%	Abs.	%
Student/Schüler/Azubi	108	11,1	108	9,3
Arbeiter	290	29,9	471	40,6
Angestellter	298	30,7	316	27,2
Beamter	12	1,2	21	1,8
Hausfrau/-mann	40	4,1	42	3,6
Arbeitslos	16	1,6	14	1,2
Rentner	50	5,2	58	5,0
Sonstige Berufe	156	16,1	131	11,3
Summe	970	100,0	1161	100,0

Alter der gewählten Migrantenvertreter

	2004		1999	
	Abs.	%	Abs.	%
16 – 25	83	7,9	124	10,0
26 – 40	531	51,1	676	54,8
41 – 60	373	35,9	394	31,9
Über 60	53	5,1	40	3,3
Summe	1.040	100,0	1234	100,0



Wahlkampf in Herne mobilisiert auch die Jüngsten

Wege zu höherer Wahlbeteiligung

Hohe Beteiligung von Eingebürgerten

„Eingebürgerte sind politisch besonders interessiert“, resümiert Emir Ali Sag, Geschäftsführer der kommunalen Migrantenvertretung in Bielefeld. In der ostwestfälischen Großstadt hat es zwar nur eine leichte Steigerung der Wahlbeteiligung gegeben, doch dafür erstaunte ein anderes Phänomen: Im Vorfeld der Wahl zum Migrationsrat in Bielefeld haben 1000 Eingebürgerte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen. Das entspricht rund 3 Prozent der Wahlberechtigten. Bedenkt man, dass Bürger, die die Hürde überwinden, sich erst einmal in ein Wählerverzeichnis eintragen lassen zu müssen, natürlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, dann haben diese Eintragungen rund ein Drittel der tatsächlichen Wähler am 21. November ausgemacht. Denn in Bielefeld gingen 3170 Menschen zur Wahl. Auch wenn es zur Zeit keine sichere Datenbasis für diese These gibt, so lässt sich aber auf jeden Fall festhalten, dass die Möglichkeit der Eintragung zu der leichten Steigerung der Wahlbeteiligung beigetragen hat.

Aussiedler mischen mit

Ähnlich ist es bei den Aussiedlern aus Osteuropa – insbesondere den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Mit 28 Mandaten hat diese Gruppe zwar in NRW noch eine relativ geringe Repräsentanz. Allerdings sind davon allein in den drei Städten Düsseldorf, Hattingen und Köln 13 Sitze vergeben worden.

In Düsseldorf, wo ein Ausländerbeirat gewählt wurde, konnten die russischstämmigen Migranten sieben Sitze im Gremium gewinnen. Damit wird im Düsseldorfer Beirat eine größer werdende Gruppe von Migranten ebenfalls repräsentiert. Bemerkenswert ist der Erfolg der russischstämmigen Kandidaten auch, weil Aussiedler sich nicht in das Wählerverzeichnis eintragen lassen konnten. Wahlberechtigt waren also lediglich russischstämmige Kontingentflüchtlinge und andere Nicht-Deutsche. In der Landeshauptstadt ist es wohl besonders gut gelungen, die ähnliche Lebenslage aller Migranten und gemeinsame Interessen deutlich zu machen.

In Köln traten zur Wahl des Integrationsrates gleich drei Listen an, die aus den Reihen der Aussiedler entstanden sind. Davon wurden drei Kandidaten aus zwei Listen gewählt. Da sich in der Domstadt auch Aussiedler in die Wählerlisten eintragen lassen konnten, dürften diese Listen auch einen gewissen Verdienst an der Steigerung der Wahlbeteiligung von knapp sieben Prozentpunkten haben.

Ähnlich ist es in Hattingen. Hier wurden drei Kandidaten aus der Gruppe der Aussiedler in den Integrationsrat gewählt. Bei dreizehn Sitzen für die Migranten im Hattinger Integrationsrat macht das rund ein Viertel. Zugleich gehört Hattingen zu den Städten, in denen sich besonders Viele neu in das Wählerverzeichnis eintragen ließen. Hier liegt vielleicht eine Erklärung für den beachtlichen Erfolg der Aussiedler.

Trend zur Briefwahl

Ohne Briefwahl wäre die durchschnittliche Wahlbeteiligung 2004 deutlich gesunken. Das ist eine wichtige Erkenntnis aus der Auswertung der Daten, die der LAGA NRW vorliegen. Wie wichtig der Anteil der Briefwähler sein kann, zeigen die Beispiele Gladbeck, Herten, Mönchengladbach und Paderborn besonders deutlich.

So waren von insgesamt 1523 Wählern in Gladbeck 1255 Briefwähler. Das entspricht einem Anteil von 82,4 Prozent. In Herten lag der Anteil der Briefwähler bei 50,3, in Paderborn bei 45,1 und in Mönchengladbach bei 43,1 Prozent.

Zugleich stieg außer in Paderborn, wo es einen leichten Rückgang gab, die Wahlbeteiligung deutlich an: Herten und Gladbeck verzeichneten Zunahmen um 8,9 bzw. 6,9 Prozentpunkte. In Mönchengladbach stieg sie um 4,5 Prozentpunkte, was nahezu einer Verdoppelung der äußerst niedrigen Wahlbeteiligung von 1999 gleichkommt.

Damit folgten die Wählerinnen und Wähler in den vier genannten Städten dem Trend bei anderen Wahlen.

Der Anteil der Briefwahl nimmt in Deutschland von Wahlgang zu Wahlgang zu.

Die Entscheidungen über die kommunalen Migrantenvertretungen sind da keine Ausnahme.

Integrationsrat
Ausländerbeirat

November 2004

Integrationspolitik erfolgreich gestalten

Handreichung
für die Arbeit
der kommunalen
Migrantenvertretungen
in NRW



Guter Start in die neue Wahlperiode

Schon in den zu Jahresbeginn 2004 erschienenen Handlungsempfehlungen des NRW Innenministeriums wurde darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Migrantenvertretung und Kommunalpolitik enger werden muss – unabhängig von der Art des Gremiums.

Die LAGA NRW fühlt sich diesem Appell natürlich in besonderer Weise verpflichtet und hat pünktlich zu Beginn der neuen Wahlperiode eine Reihe von Vorschlägen für die kommunalen Migrantenvertretungen verfasst.

In der Handreichung, an der mehrere erfahrene Geschäftsführer der bisherigen Ausländerbeiräte und LAGA-Vorstandsmitglieder gearbeitet haben, wird für den Start eine Zielvereinbarung zwischen Migrantenvertretung und Stadtrat empfohlen. Darin sollen die wichtigsten Themenfelder für die Integrationspolitik mit konkreten und erreichbaren Zielen formuliert werden.

Die Broschüre mit dem Titel „Integrationspolitik erfolgreich gestalten – Handreichung für die Arbeit in den kommunalen Migrantenvertretungen“ ist bei der Geschäftsstelle der LAGA NRW erhältlich.

Landesregierung will Integrationspolitik weiter unterstützen Dank an Kandidatinnen und Kandidaten

In Erklärungen nach der Wahl dankten Sozialministerin Birgit Fischer und Innenminister Dr. Fritz Behrens den vielen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Engagement bei den Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen. Behrens bat diejenigen, „denen diesmal eine Wahl versagt war, am Ball zu bleiben.“ Schließlich hätten alle „im besten Sinne bürgerschaftliches Engagement bewiesen.“

Sozialministerin Fischer äußerte sich zwar enttäuscht über die insgesamt niedrige Beteiligung bei den Wahlen, verwies aber auf die Chancen, die die neuen Möglichkeiten der Integrationsräte mittel- und langfristig böten. „Sie rief die gewählten Migrantinnen und Migranten auf: „lassen Sie sich nicht entmutigen. Nutzen Sie die Chance der verbesserten Bedingungen für Ihre Arbeit. Ich bin zuversichtlich, dass eine erfolgreiche Arbeit zu mehr Akzeptanz und Interesse bei den Migrantinnen und Migranten und in der Stadtöffentlichkeit führen wird.“

Auch Innenminister Behrens forderte, den Blick auf die Chancen zu richten. Er bat die direkt gewählten Migrantenvertreter aber auch die Ratsfrauen und -herren, eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten: „Ausländerbeiräten wie Integrationsräten empfehle ich: Nehmen Sie sich der ganz konkreten Sorgen und Nöte der Menschen in ihrer Gemeinde an. Den Ratsfrauen und Ratsherren gilt meine Bitte: Machen sie es den direkt gewählten Repräsentanten der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner leicht, sich an der Kommunalpolitik zu beteiligen.“

Best practice: Lünen Lippestadt erzielt höchste Beteiligung

Die mit Abstand beste Wahlbeteiligung gab es in Lünen im Kreis Unna. Im Vergleich zu 1999 stieg die Beteiligung in der Lippestadt um 12,2 Prozentpunkte an. Nicht ohne Stolz meint der Ausländerbeauftragte der Stadt Lünen, Willi Engelbertz, dass dies eine Anerkennung für die gute Arbeit des bisherigen Ausländerbeirates sowie der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sei. Außerdem gebe es seit Jahren einen engen Austausch zwischen dem Ausländerbeirat und den in der Stadt aktiven Migrantenorganisationen.

Doch auch andere Faktoren dürften für die hohe Wahlbeteiligung in Lünen eine Rolle gespielt haben: So wurde bereits im Ratsbeschluss über die Einrichtung eines Migrationsrates, wie das Gremium in Lünen heißt, festgehalten, dass die Migrantenvertretung mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten soll. Weder Rat noch Aus-

schüsse dürfen migrationsrelevante Entscheidungen fällen, ohne vorher den Migrationsrat angehört zu haben. Ausdrücklich wird festgehalten, dass der Vorsitzende des Migrationsrates den Bürgermeister oder einen Ausschussvorsitzenden bitten kann, eine Vorlage nicht zu beraten bzw. die Beratung zu verschieben.

Doch damit nicht genug. In besonders engagierter Form haben sich führende Kommunalpolitiker im Wahlkampf hervorgetan. Der Lünen Bürgermeister unterschrieb zusammen mit dem bisherigen Vorsitzenden des Ausländerbeirates und den Fraktionsvorsitzenden einen Wahlauftrag. Darin wurde das neue Gremium vorgestellt. In der Woche vor der Wahl erhielten alle Wahlberechtigten diesen Aufruf zusätzlich zur Wahlbenachrichtigung per Post.

Einige technische Voraussetzungen, wie die Briefwahl und die Einrichtung von acht Wahllokalen, die so gelegt wurden, dass niemand mehr als zwei Kilometer Weg zurücklegen musste, haben die hohe Beteiligung zusätzlich begünstigt.

Damit hat Lünen bewiesen, dass es nicht allein auf die richtigen Beschlüsse oder allein auf optimale technische Voraussetzungen ankommt. Alle Elemente müssen in einander greifen, um so gute Ergebnisse zu erzielen.

Prominente Besetzung der Integrationsräte

Gleich nach der ersten Genehmigung für einen Integrationsrat durch das Innenministerium, hatte sich LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek mit einer besonderen Bitte an die verantwortlichen Kommunalpolitiker gewandt: Die Ratsmitglieder, die künftig zu einem Drittel dem Integrationsrat angehören, sollten wirkliches Interesse an der Integrationspolitik haben. Außerdem wünschte sich Keltek auch eine „prominente“ Besetzung, um die Bedeutung der Migrantenvertretung zu verdeutlichen.

Zumindest in Herne und Köln halten sich die Ratsmitglieder an diesen Appell:

In Herne gehören unter anderem die Bürgermeisterin und Fraktionsvorsitzende Dorothea Schulte für die Grünen, der Fraktionsvorsitzende der CDU Markus Schlüter und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Manuela Lukas dem Integrationsrat mit Stimmrecht an.

In Köln haben sich Bürgermeisterin Elfi Schöntwepes (SPD) und Jochen Ott, Vorsitzender der Kölner SPD ebenfalls für ein Engagement im Integrationsrat entschlossen. Die CDU schickt den ehemaligen Kölner Polizeidirektor Winrich Granitzka, der auch dem Vorstand des Deutsch-Türkischen Vereins Köln angehört, in den Integrationsrat. Außerdem stoßen von den Ratsmitgliedern Teresa de Bellis (CDU), Susana dos Santos Herrmann (SPD) und Arif Ünal (Grüne) dazu. Alle drei haben einen Migrationshintergrund und sind die integrationspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen.

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Tayfun Keltek, Franz Paszek,
Siamak Pourbahri,
Susana dos Santos Herrmann
(redaktionelle Koordination)

Fotos:
S. 1: Andreas Frücht, Bielefeld
S. 3: RAA/Büro für interkulturelle
Arbeit der Stadt Essen
S. 3: Franz Naber, Ratingen
S. 6: Michael Barszap, Herne

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Herstellung:
Susana dos Santos Herrmann, Köln
Druck: Druckhaus Süd, Köln